



Drucksache  
der  
Bezirksverordnetenversammlung  
Pankow von Berlin

VI-0850

**Antrag**

Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,  
Ursprungsinitiator: Fraktionen der CDU und Bündnis  
90/Die Grünen

Beratungsfolge:

22.07.2009 BVV

BVVSoSi/07/VI

**Betreff: Missbilligung des Bezirksstadtrates Dr. Nelken**

**Die BVV möge beschließen:**

Die BVV Pankow spricht dem Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung, Dr. Michail Nelken, ihre Missbilligung aus.

Berlin, den 21.07.2009

Einreicher: Fraktionen der CDU und  
gez. BV Johannes Kraft

Bündnis 90/Die Grünen  
gez. BV Stefanie Remlinger, BV Peter Brenn

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

- \_\_\_\_\_ beschlossen
- \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung
- \_\_\_\_\_ abgelehnt
- \_\_\_\_\_ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- |       |              |
|-------|--------------|
| _____ | EINSTIMMIG   |
| _____ | MEHRHEITLICH |
| _____ | JA           |
| _____ | NEIN         |
| _____ | ENTHALTUNGEN |

federführend

\_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
zusätzlich in den Ausschuss für  
und in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

### Begründung:

1. Weil die Beschlussfassung über den Bezirkshaushaltsplan zu den wichtigsten Aufgaben der BVV gehört, hat die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin einen Anspruch darauf, dass ihr ein solide ausgearbeiteter Haushaltsplanentwurf vorgelegt wird. Voraussetzung dafür ist die Umsetzung der Drucksache VI-0759 *Festsetzung von Eckwerten für die Aufstellung des Doppelhaushaltsplans 2010/2011 des Bezirks Pankow von Berlin*, welche die BVV auf ihrer 25. Tagung am 17.06.2009 zur Kenntnis genommen hat.
2. Auf der 26. Tagung der BVV am 15.07.2009 hat Bezirksamt mit der Drucksache VI-0812 *Entwurf des Doppelhaushaltsplanes 2010 /2011 für den Bezirk Pankow (einschl. Vorberichte und Stellenplan)* einen Entwurf vorgelegt, der im Geschäftsbereich des Bezirksstadtrates für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung schwerwiegende Mängel aufweist. In dem Entwurf sind alle Ausgabenansätze in den Kapiteln 3710 (Amt für Kultur und Bildung), 3711 (Volkshochschule), 3712 (Musikschule), 3720 (Kultur), 3721 (Kunst- und Kulturamt) und 3723 (Bibliotheken) gesperrt. Als Grund dafür wird eine erhebliche Überschreitung gegenüber dem diesem Bereich zugewiesenen Produktsummenbudget angegeben.
3. Damit ist der Eckwertebeschluss des Bezirksamts in wichtigen Bereichen nicht umgesetzt worden. Diese nicht erfolgte Umsetzung ist als Arbeitsverweigerung des Bezirksstadtrats und seiner Abteilung zu werten. Diese Haltung des Bezirksstadtrates und der ihm unterstellten Amtsleiter bei der Erstellung des Haushaltsplans blockieren eine politische Auseinandersetzung in der BVV mit diesem Teil des Haushaltsplanentwurfs.
4. Das ist nicht akzeptabel und muss umgehend geändert werden. Durch diese Haltung hat die Kulturarbeit schon jetzt einen erheblichen Schaden erlitten. Es ist nicht die originäre Aufgabe der BVV, die Arbeit des Bezirksamts bei der Haushaltsplanaufstellung in wichtigen Geschäftsbereichen zu ersetzen. Ganz offenbar handelt es sich hier um den Versuch, unpopuläre Maßnahmen bezüglich möglicher Kürzungen im Kulturbereich aus dem Weg zu gehen und die Verantwortung dafür anderen überhelfen zu wollen oder durch Untätigkeit zum Ausdruck zu bringen, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein. Auch umkehrt ist es für die BVV Pankow von Berlin nicht zumutbar und gegenüber den betroffenen Haushaltsbereichen und den von dieser Situation betroffenen Pankower Bürgerinnen und Bürgern auch nicht vertretbar, diesen Entwurf mit den gesperrten Ausgabenansätzen zu beschließen.
5. Nur durch eine Umsetzung der Vorgaben des Eckwertebeschlusses im Haushaltsentwurf kann überhaupt sichtbar werden, welches die konkreten Konsequenzen für den Kulturbereich sind. Erst das schafft die Grundlage für eine politische Beurteilung des Haushaltsplanentwurfs durch die BVV und die notwendigen zu ergreifenden Maßnahmen. Und selbst wenn eine eindeutige Entscheidung des Bezirksstadtrates für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung zur Umsetzung des Eckwertebeschlusses nicht möglich ist, wäre es auch denkbar gewesen, mehrere Szenarien bzw. Alternativen zu entwickeln und der BVV zur Beratung vorzulegen.
6. Mit der Missbilligung ist das deutliche Signal und die Aufforderung an der Bezirksstadtrates verbunden, die benannten Missstände in Bezug auf die Haushaltsplanaufstellung und die Umsetzung der Beschlüsse zum Thema zeitnah und erkennbar zu beheben.